D2 Neu Ä1-ModÜ

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Anke Erdmann (KV Kiel)

Titel: **D2 Neu Ä1-ModÜ: Investitionen in starke Schulen**

Titel

Ändern in:
Mögliche Spielräume für starke Schulen nutzen

Antragstext

Mit den Grundgesetzänderungen zur Schuldenbremse und den Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur haben auch die Bundesländer mehr Spielräume bekommen. Unsere Bundestagsfraktion hat zu wichtigen Veränderungen beigetragen. Wir wissen aber, dass der eingeschlagene Konsolidierungskurs auf Landesebene fortgeführt werden muss – die neuen Rahmenbedingungen führen lediglich dazu, dass wir etwas weniger einsparen müssen und uns die Luft für weitere Investitionen im Rahmen des IMPULS-Programmes nicht ausgeht.Dazu kommt, dass wir nicht wissen, welche Steuergeschenke sich die Verhandler (und wenigen Verhandlerinnen) im Bund noch einfallen lassen – sinkende Steuereinnahmen können den oben genannten positiven Effekt für die Länder und Kommunen gleich wieder zunichtemachen.Darum werden Landesvorstand, Landtagsfraktion und grüne Kabinettsmitglieder gebeten, dass mögliche Spielräume im Landeshaushalt schnellstmöglich ermittelt werden und geprüft wird, inwieweit Kürzungen im Schulbereich zurückgenommen werden können. Die Veränderungen des Grundgesetzes sind mit Blick auf Zukunftsausgaben vorgenommen worden. Auch wenn Geld für Bildung derzeit im Haushalt technisch nicht als Investition gilt, so sind diese Mittel doch Zukunftsausgaben.Für uns steht fest: Keine Investitionen lohnen sich so sehr wie Investitionen in Bildung. Wer heute im Bildungsbereich spart,

wird morgen auf weitere Kürzungen angewiesen sein. Im Gegensatz dazu wird, wer jetzt die richtigen Investitionen tätigt, morgen deren Früchte ernten können. Das gilt auch mit Blick auf die vielen grundsätzlichen Herausforderungen im Schulbereich von hohen Schulabbruchquoten über Digitalisierung und Demokratiebildung bis hin zu Inklusion, mentaler Gesundheit u.v.m.

Antrag in einfacher oder leichter Sprache

Begründung

Aus Sicht der Grünen Jugend, gibt es viele offene Baustellen in unseren Schulen. Wir wollen, das künftig mehr Augenmerk auf folgende Punkte gelegt wird, die uns in unserem Schulalltag besonders auffallen:

Demokratie erlernen und erleben

Wir leben in Zeiten multipler Krisen, die junge Menschen in besonderem Maße belasten. In einer Zeit, in der sich die Sicherheitslage durch den fortschreitenden Klimawandel, Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, das angespannte transatlantische Verhältnis und nicht zuletzt durch Angriffe auf die Grundfeste unserer Demokratie weiter verschärft, ist es die junge Generation, die auf diese drängenden Probleme Lösungen finden muss.

Unsere Demokratie muss geschützt werden. Sie ist die Grundlage für unsere Freiheit und den Wohlstand unserer Nation. Doch eine Demokratie ist nur so stark, wie sich die Menschen für sie stark machen.

Schulen sollen Orte gelebter Demokratie sein. Hier soll Demokratie nichts Abstraktes sein, sondern handfest vermittelt und erfahrbar werden.

Deshalb wollen wir die Mitbestimmung von Schüler:innen weiter stärken und die Rahmenbedingungen, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, weiter ausbauen. Kürzungen am WiPo-Unterricht lehnen wir dementsprechend konsequent ab.

Schule am digitalen Puls der Zeit

Schulen sollten stets offen sein für neue Formen des Lehrens und Lernens und ihren Schüler:innen die Voraussetzungen für einen möglichst sanften Übergang in das spätere Berufsleben mitgeben. Eine Schule am Puls der Zeit geht auch bei der Digitalisierung mit.

Der Digitalpakt 2.0 ist hierbei ein anzuerkennender Erfolg auf dem Weg, Schulen angemessen mit digitalen Endgeräten und einer digitalen InfrastrukturAus Sicht der Grünen Jugend, gibt es viele offene Baustellen in unseren Schulen. Wir wollen, das

künftig mehr Augenmerk auf folgende Punkte gelegt wird, die uns in unserem Schulalltag besonders auffallen:

Demokratie erlernen und erleben

Wir leben in Zeiten multipler Krisen, die junge Menschen in besonderem Maße belasten. In einer Zeit, in der sich die Sicherheitslage durch den fortschreitenden Klimawandel, Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, das angespannte transatlantische Verhältnis und nicht zuletzt durch Angriffe auf die Grundfeste unserer Demokratie weiter verschärft, ist es die junge Generation, die auf diese drängenden Probleme Lösungen finden muss.

Unsere Demokratie muss geschützt werden. Sie ist die Grundlage für unsere Freiheit und den Wohlstand unserer Nation. Doch eine Demokratie ist nur so stark, wie sich die Menschen für sie stark machen.

Schulen sollen Orte gelebter Demokratie sein. Hier soll Demokratie nichts Abstraktes sein, sondern handfest vermittelt und erfahrbar werden. auszustatten.

Im digitalen Raum lauern viele Gefahren. Die Schule hat eine besondere Verantwortung, ihre Schüler:innen durch Präventionsmaßnahmen einerseits vor diesen Gefahren zu schützen und ihnen andererseits auch den Umgang mit diesen zu

lehren. Diese Verantwortung steht nicht im Widerspruch mit der Verantwortung, die alle Eltern für ihre Kinder und deren Nutzung digitaler Medien haben.

Mentale Gesundheit braucht Priorität

Die mentale Gesundheit unserer Schüler:innen ist fatal. Die im Koalitionsvertrag festgelegte schulpsychologische Versorgung wollen wir weiterhin landesweit ausbauen, um den gestiegenen Anforderungen an die psychosoziale Betreuung der Schüler:innen Rechnung zu tragen.

Die Entfristung der Stellen von Schulpsycholog:innen war dabei ein immens wichtiger Schritt. Nun brauchen wir deutlich mehr Stellen.